

Österreich stoppt Familiennachzug: Auswirkungen auf Integration und Bildung

ÖVP-Sprecher Gödl kündigt am 25.04.2025 im Nationalrat den Stopp des Familiennachzugs in Österreich an, um Überforderung zu verhindern.

Österreich - Am 25. April 2025 hat Ernst Gödl, der Sprecher der ÖVP für Sicherheit, Integration und Migration, im Nationalrat angekündigt, dass Österreich den Familiennachzug stoppen wird. Dieses Vorgehen wurde als notwendige Maßnahme zur Sicherung der öffentlichen Einrichtungen sowie der Bildungs-, Sicherheits- und Sozialsysteme begründet, die andernfalls durch die hohe Zahl von Schutzsuchenden überfordert würden. In den letzten Jahren hat Österreich etwa 70.000 Schutzsuchende aufgenommen, darunter 12.000 minderjährige Flüchtlinge, was erhebliche Herausforderungen im Bildungssektor mit sich brachte. Schulen stehen unter Druck, da viele dieser jungen Migranten ohne Vorbildung und Deutschkenntnisse ins Land gekommen sind, was die Integration zusätzlich erschwert.

Gödl hob hervor, dass die Änderungen des Asylgesetzes von 2005 unter Beteiligung seiner Partei entscheidend waren. Diese Gesetzesänderung sieht einen Stopp des Familiennachzugs vor, um die Kapazitäten des Landes zu entlasten. Ein neuer Verordnungsentwurf wird dem Innenminister nun die nötigen Befugnisse einräumen, um diese Regelung umzusetzen. Angehörige minderjähriger Flüchtlinge sollen hingegen weiterhin ungehindert nachziehen können, um dem Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention Rechnung zu tragen.

Rückgang der Einwanderung über Familiennachzug

Ein bemerkenswerter Rückgang der über den Familiennachzug nach Österreich gekommenen Personen konnte festgestellt werden: Während im ersten Quartal 2024 noch rund 2.000 Personen nachzogen, waren es im gleichen Zeitraum des Jahres 2023 lediglich 160. Gödl argumentierte, dass diese Zahlen im Vergleich zu den Zeiten unter dem FPÖ-Innenminister Herbert Kickl positiver seien. Gleichzeitig kritisierte er die FPÖ scharf und warf ihr vor, die bestehenden Probleme zu dramatisieren, ohne wirkliche Lösungen anzubieten.

Integrationsherausforderungen nachgezogener Familienmitglieder

Eine aktuelle Studie des International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) wirft ein Licht auf die Herausforderungen, denen nachgezogene Familienmitglieder gegenüberstehen. Die Analyse von Daten von 12.500 Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten zeigt, dass nachgezogene Asylberechtigte weniger erfolgreich in die Gesellschaft integriert werden als direkt Asyl beantragende Personen. Dies gilt insbesondere für den Arbeitsmarktzugang und das Erlernen der deutschen Sprache.

Beispielsweise sind nur 22 % der nachgezogenen Frauen berufstätig, im Gegensatz zu 28 % der Frauen mit eigenem Asylantrag. Bei den Männern liegt die Erwerbsquote bei 41 %, während 38 % in Ausbildung sind. Die Studie stellte außerdem fest, dass nachgezogene Frauen seltener Deutschkurse besuchen und sich oft an traditionellen Rollenbildern orientieren. Diese Faktoren tragen dazu bei, dass der Integrationsprozess erschwert wird.

Unterstützungsangebote des

Österreichischen Integrationsfonds

Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) hat im vergangenen Jahr umfassende Integrationsangebote bereitgestellt, darunter 67.500 Deutschkursplätze, 80.000 Integrationsprüfungen und 230.000 Beratungen in Integrationszentren. Diese Angebote zielen darauf ab, den schnellen Spracherwerb und den Berufseinstieg durch flexible Kurszeiten und digitale Lernmöglichkeiten zu unterstützen. Zudem bieten ÖIF-Frauzentren mehrsprachige Seminare und Beratungen zu Themen wie Beruf, Bildung und Gesundheit an.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.oe24.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at